

Parallele Themenwerkstätten

Samstag, 15. September 2012, 10:15 bis 12:30 Uhr

1. Können sich partizipative und direkte Demokratie sinnvoll ergänzen? Chancen und Herausforderungen

- Claudine Nierth, Vorstandssprecherin Mehr Demokratie e. V., Berlin
- Hanns-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender Stiftung Mitarbeit, Bonn

Moderation: Dr. rer. pol. Jeannette Behringer, Ev.-ref. Kirche Kanton Zürich, Fachstelle Gesellschaft und Ethik, Abteilung Bildung, Schweiz

Diskursive Bürgerbeteiligungsverfahren und direktdemokratische Abstimmungen über Sachfragen zielen darauf, die kommunale Demokratie zu stärken. Es geht darum, den Einfluss der Bürgerschaft auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu erhöhen. Für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind die Einsatzmöglichkeiten, Verfahrensschritte, Rechte und Pflichten in den Gemeindeordnungen klar geregelt. Die Bürgerschaft kann selbst und unmittelbar über Sachfragen entscheiden. Die kommunale Praxis zeigt, dass das Instrument Bürgerbegehren/-entscheid aber auch seine Tücken hat. So lassen sich komplizierte Sachverhalte oft nur schwer auf Ja-/Nein-Abstimmungen herunterbrechen und es fehlt an einem Rahmen, um mit allen beteiligten Akteuren über Kompromisslösungen nachzudenken. Mit Hilfe diskursiver Bürgerbeteiligungsverfahren lässt sich die Vielfalt der Meinungen in der Bürgerschaft abbilden, es lassen sich verschiedene Lösungsalternativen entwickeln oder Konflikte befrieden. Zudem bieten die diskursiven Beteiligungsverfahren – anders als die direktdemokratischen Abstimmungen – praktikable Optionen zur Inklusion sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Diskursive Bürgerbeteiligungsverfahren sind in Deutschland allerdings noch kaum institutionalisiert. So bleiben sie oft letztlich unverbindlich und ohne wirklichen Einfluss.

Es liegt also nahe zu fragen, ob und wie sich beide Formen sinnvoll ergänzen können oder miteinander kombinieren lassen, um die Partizipation in den Kommunen zu stärken. Braucht es dazu neue Instrumente, wie beispielsweise ein Initiativrecht Bürgerbeteiligung seitens der Bürgerschaft? Wäre es sinnvoll, Bürgerbeteiligung in den Gemeindeordnungen festzuschreiben und wenn ja, wie? Was braucht es, damit die Kombination diskursiver und direktdemokratischer Instrumente zum Motor kommunaler Entwicklung werden kann? Welche neuen Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen stellen sich dabei? Diese Fragen diskutieren Claudine Nierth und Hanns-Jörg Sippel gemeinsam mit den Teilnehmer/innen der Werkstatt und begeben sich mit ihnen auf einen gemeinsamen Suchprozess.

2. Bürgerbeteiligung in der Verwaltung voranbringen – Aktivitäten und Wirkung von Koordinierungsstellen

- Dirk Lahmann, Projektleitung Bürgerbeteiligung, Bundesstadt Bonn

Moderation: Martin Rüttgers, Politikberatung und Forschung Martin Rüttgers, Köln

Immer mehr Städte und Gemeinden machen sich auf den Weg, der Bürgerbeteiligung einen festen, dauerhaften Stellenwert beizumessen und sie systematischer in ihren Strukturen und Prozessen zu verankern. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, ist es, eine Stelle oder einen Bereich in der Verwaltung für das Thema Bürgerbeteiligung einzurichten. Diese stehen an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft und treten als Themenanwalt auf. Doch welchen konkreten Auftrag, welche Funktionen, Aufgaben und Kompetenzen sie haben und welche Erwartungen damit verbunden sind, das kann von Kommune zu Kommune recht unterschiedlich ausfallen: Von »mehr Transparenz und verbessertem Informationsfluss«, über »den Interessen der Bürger/innen mehr Gehör zu verschaffen« bis hin zu »Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu etablieren« reicht die Palette.

Vor dem Hintergrund seiner eigenen Rolle als Projektleitung Bürgerbeteiligung der Bundesstadt Bonn und seiner breiten Erfahrungen diskutiert Dirk Lahmann mit den Teilnehmer/innen der Werkstatt über folgende Fragen: Ist der Aufbau kommunaler Beteiligungsstrukturen ein richtiger Weg, um Bürgerbeteiligung in Kommunen mehr Gewicht zu verleihen? Was muss geschehen, damit solche Stellen/Bereiche Motoren der Bürgerbeteiligung sein und die an sie gestellten Erwartungen erfüllen können? Welche Chancen und Herausforderungen sind damit verbunden? Und schließlich: Welche Wirkungen lassen sich in der Verwaltung, Politik und Bürgerschaft damit erzielen?

3. Energiewende – Motor und Herausforderung für die kommunale Demokratie

• Alexandra Tryjanowski, Umweltrecht & Partizipation, Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V., Berlin

Moderation: Marion Stock, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Die Energiewende gehört zu den wesentlichen Themen in der Debatte um die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Thematik ist komplex und herausfordernd – schon der Begriff Energiewende lässt sich nicht ohne weiteres definieren. Wie lässt sich dann herausfinden, was »die Energiewende« für die kommunale Ebene, für die kommunale Demokratie und für Beteiligung im kommunalen Umfeld bedeutet?

Im Rahmen der Werkstatt beleuchtet Alexandra Tryjanowski das Thema Energiewende zunächst aus verschiedenen Blickwinkeln. Sie umreißt, welche Aspekte häufig im Zentrum der Diskussion stehen und welche weniger offensichtlich sind.

Anschließend wird sie folgende zentrale Fragestellungen vertiefend betrachten und mit den Teilnehmer/innen diskutieren: Welche Aspekte der Energiewende sind für Kommunen relevant? Welche möglichen Auswirkungen auf die kommunale Demokratie sind von den unterschiedlichen Energiewendeszenarien zu erwarten? Und vor allem: Was bedeutet das für die Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene?

4. Bürgerproteste in der Kommune – von der Konfrontation zur Kooperation

• Roland Schüler, Friedensbildungswerk Köln / Kommunalpolitiker in Köln

Moderation: Anja Stiel, Moderation – Kommunikation – Training, Köln

Bürgerproteste gibt es, seitdem es Bürger/innen gibt. Angesichts vieler großer und kleiner (Planungs-) Vorhaben sind sie auch heute keine Besonderheit. Geändert haben sich die Themen und Forderungen, aber vielfach nicht die Vehemenz der Auseinandersetzung, wie die Geschehnisse um Stuttgart 21 nachdrücklich zeigen. Immer mehr Bürger/innen fördern und fordern deshalb heute eine veränderte Planungskultur mit mehr Kooperation, Gesprächen auf Augenhöhe und Lösungen, die für alle Seiten eine Form von Zufriedenheit ermöglichen: Die Bürger/innen möchten nicht nur angehört werden bei Planfeststellungen. Sie wollen nicht nur Anregungen und Beschwerden abgeben. Sie wollen nicht nur als »Volk« bei Anhörungen dabei sein, wo ihre Statements vom Podium herab kommentiert werden. Und sie wollen nicht mehr über die Gerichte zu ihrem Recht kommen müssen. Sie wollen mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst genommen werden.

Das Verfahren der Mediation bietet hierfür sinnvolle Lösungsstrategien. Die Mediation ist ein Ansatz, der alle Akteure einer Planung einbezieht und deren Interessen und Bedürfnisse beachtet. In der Mediation soll eine gegenseitige Achtung erreicht und für die unterschiedlichen Gefühle Verständnis erzeugt werden, so dass der Boden für eine einvernehmliche Lösung bereitet wird. Doch wie kann dies konkret aussehen? Wie kann der Weg von der Konfrontation zur Kooperation gelingen und nachhaltig gestaltet werden? Welche Aspekte sind wichtig, um eine gelingende Kooperation zu erreichen? Warum ist es so schwer, die Konfliktkultur zu verändern? Hierüber diskutiert Roland Schüler zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Rahmen dieser Werkstatt.

5. Der lange Weg von Inseln guter Praxis zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Ausgangslage und zukünftige Herausforderungen

• Dr. Bettina Reimann, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Moderation: Birgit Böhm, mensch und region, Hannover

Die Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Stadtentwicklung verändert sich – so legen es die Debatten und Folgen nicht nur aus Stuttgart 21 nahe. Diskutiert, formuliert und eingefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten in Beteiligungsprozessen und Planungsverfahren.

Die neue Dynamik der Bürgerbeteiligung hat – sofern sie ernst genommen wird – erhebliche Konsequenzen für die Kommunalverwaltungen, und zwar nicht nur in ihrem Handeln nach außen, d.h. bei der Konzeption und Organisation von Beteiligungsprozessen, sondern auch nach innen. Aber auch die Akteure aus Politik und Wirtschaft müssen sich verändern, beteiligen und sich als gestaltende Akteure verstehen. Es bedarf einer neuen »Beteiligungskultur«.

Im Rahmen dieser Werkstatt diskutiert Dr. Bettina Reimann zusammen mit den Teilnehmer/innen, wie die Kommunikation und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteursgruppen in der Kommune gestärkt werden und wie eine neue Basis der Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann.

Parallele Projektwerkstätten

Samstag, 15. September 2012, 15:30 bis ca. 17:15 Uhr

1. Rahmenbedingungen für eine Verankerung der Bürgerbeteiligung in der Kommune schaffen – Der Zukunftsplan Hamburg Altona

- Referent: Mark Classen, Mitglied der Bezirksversammlung Altona, Hamburg
- Moderation: Kerstin Franzl, nexus - Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin

Ausgangspunkt für den Zukunftsplan Altona war der politische Beschluss der Bezirksversammlung Hamburg-Altona, 2009 einen Leitbildentwurf für die künftige Entwicklung von drei Hamburger Stadtteilen zu erstellen. Im Dialog mit den Bürger/innen wurden ein räumliches und ein inhaltliches Leitbild mit Leitzielen und Umsetzungsstrategien für alle relevanten Themenbereiche entwickelt. Hierbei wurde Bürgerbeteiligung explizit als zentrales Handlungsfeld vertieft und eine »AG Beteiligung« gegründet, die weiterhin am Thema arbeitet. Dies alles stellt auch besondere Herausforderungen an die Vertreter/innen der Politik. Politikerinnen und Politiker müssen sich der Frage stellen, wie der Übergang von den Ergebnissen der Bürgerbeteiligungsverfahren hin zur politischen Entscheidungsfindung ausgestaltet werden soll. Sie müssen aber auch klären, wie sich die politischen Prozesse insgesamt verändern müssen, um Bürgerbeteiligung dauerhaft in der Kommunalen Selbstverwaltung zu verankern. Was dies konkret bedeutet und welche Fragen sich stellen, diskutiert Mark Classen zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Werkstatt.

2. Runder Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf: Möglichkeiten und Grenzen von Mediationsprozessen

- Michaela Hustedt, CPC Berlin – Moderatorin des Runden Tisches PSW Atdorf
- Moderation: Henning Sander, WIR – Ländliches Zukunftsmanagement, Copenbrügge

Das Pumpspeicherwerk Atdorf ist – neben Stuttgart 21 – die zweitgrößte Investition, die zur Zeit in Baden-Württemberg ansteht. Entstehen soll Europas größtes Pumpspeicherwerk mit einer Leistung von 1.400 Megawatt, das als Baustein zur Sicherung der Zukunft der Energieversorgung und Bestandteil der Energiewende angesehen wird. Wie an vielen Orten ist auch in Atdorf die Etablierung dieses großen Infrastrukturvorhabens stark umstritten. Bürgerinitiativen und Umweltverbände haben große Bedenken gegen den Bau des Kraftwerks.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2011 ein Runder Tisch eingerichtet, der unter anderem Transparenz über die Entscheidungsgrundlagen herstellen, die Basis für die Entscheidungsprozesse verbessern und die Diskussion bei allen Dialogpartner/innen versachlichen sollte. Michaela Hustedt berichtet über den Diskussionsprozess im Rahmen des Runden Tisches. Sie diskutiert mit den Teilnehmer/innen der Werkstatt darüber, was daraus gelernt werden kann und wie Runde Tische (zur Energiewende) in Zukunft ausgestaltet werden sollten.

3. Verknüpfung von partizipativer und direkter Demokratie am Beispiel der Bühnensanierung in Köln

- Jörg Jung, Mit-Initiator der Initiative »Mut zu Kultur«, Köln
- Moderation: Birgit Böhm, mensch und region, Hannover

Abriss und Neubau oder Sanierung eines Teils der städtischen, denkmalgeschützten Bühnen: Darüber gab es seit dem Jahr 2009 heftige Debatten in Köln. Zunächst beschloss der Rat der Stadt den Abriss und Neubau. Nach einer erfolgreichen Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren, mit dem der Erhalt und die Sanierung der Bühnen gefordert wurde, revidierte der Kölner Rat seinen Beschluss: Er trat dem Bürgerbegehren mehrheitlich bei und beschloss damit die Sanierung. Zudem richtete er einen Runden Tisch mit dem Auftrag ein, Empfehlungen für die Sanierung der städtischen Bühnen zu erarbeiten und die zugehörigen Planungen und die Umsetzung zu begleiten. Der »Runde Tisch zur Sanierung von Schauspiel und Oper« setzt sich zusammen aus knapp 40 Vertreter/innen der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung und tagte im Juni 2010 zum ersten Mal.

In der Werkstatt berichtet Jörg Jung über die Hintergründe des Bürgerbegehrens, wesentliche Etappen des Prozesses, den aktuellen Stand der Entwicklungen und mögliche Perspektiven. Gemeinsam mit

den Teilnehmer/innen diskutiert er über folgende Fragen: Was macht das Beispiel zu einer gelungenen Verknüpfung von direkter und partizipativer Demokratie? Was lässt sich für andere Fälle daraus lernen? In welcher Form hat die Verknüpfung beider Demokratieformen die kommunale Entwicklung vorangebracht? Welche Chancen oder auch Schwierigkeiten haben sich dabei ergeben?

4. Aktion 21: Forderungen zur Verbesserung der partizipativen Demokratie in Wien

• Herta Wessely, Obfrau Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung, Wien

Moderation: Claudia Leinauer, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Es ist eine recht neue Entwicklung, dass Bürger/innen und Initiativen in einigen Städten und Gemeinden gemeinsam Forderungen an die Gestaltung der Bürgerbeteiligung in ihrer Kommune stellen. Ursache sind nicht selten negative oder ambivalente Beteiligungserfahrungen oder gar die Erfahrung, dass gar nicht beteiligt, sondern die Menschen vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. So auch in Wien. Dort hat der parteiunabhängige Dachverband von mittlerweile 80 Bürgerinitiativen - »Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung« - 2011 »Forderungen zur Verbesserung der partizipativen Demokratie in Wien« erarbeitet und der zuständigen Vizebürgermeisterin überreicht. Die Initiativen fordern u.a. die rechtliche Verankerung der partizipativen Demokratie in der Landes- und Stadtverfassung Wien sowie umfassende Transparenz in allen Verfahren.

Herta Wessely stellt in der Werkstatt die »Aktion 21« und ihre Forderungen zur Gestaltung der Bürgerbeteiligung in Wien vor und thematisiert Hintergründe und erste Erfolge. Anschließend diskutiert sie mit den Teilnehmer/innen über ihre Erfahrungen und folgende Fragen: Was muss geschehen, damit solche Forderungen Wirkung erzielen und zu Impulsgebern von Bürgerbeteiligung und kommunaler Entwicklung werden können? Ist der Erfolg solcher Initiativen abhängig vom Inhalt einzelner Forderungen? Und schließlich: Welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich bei der Erstellung und Durchsetzung solcher Forderungen?

5. Kommunale Beteiligungsprozesse innovativ gestalten mit Theorie U

• Kathrin Bimesdörfer, IFOK GmbH, Berlin

Moderation: Petra Eickhoff, Team Zukunftswerkstatt Köln

Die »Theorie U« wurde von C. Otto Scharmer am Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA als Führungsmethode entwickelt. Ziel ist es, mittels bestimmter Prinzipien und Techniken die Herausforderungen des Wandels und den daraus resultierenden Veränderungsdruck besser und angemessener meistern zu können. Wenngleich nicht nur Unternehmen, sondern auch Städte und Gemeinden einem hohen Veränderungsdruck ausgesetzt sind, so gehört die Theorie U im Kontext kommunaler Beteiligungsprozesse bislang zu den noch unbekannteren Verfahren. Dies ist Anlass für uns zu fragen: Was genau steckt hinter der Theorie U? Vor welchem Hintergrund wurde sie entwickelt? Aus welchen wesentlichen Elementen besteht sie? Was ist das Neue daran? Wie und mit welchen Ergebnissen lässt sie sich im kommunalen Kontext anwenden? Wo liegen die Chancen und Herausforderungen? Und was lässt sich mit dieser Methode bewirken, um Bürgerbeteiligung zum Motor kommunaler Entwicklung zu machen?

Diesen Fragen geht Kathrin Bimesdörfer in der Werkstatt gemeinsam mit den Teilnehmer/innen am Beispiel zweier Beteiligungsprojekte in Mannheim nach. Anhand angeleiteter Übungen zu einzelnen Elementen der Theorie U machen die Teilnehmer/innen erste konkrete Erfahrungen mit ihrer Anwendung und reflektieren diese gemeinsam.